

20./XI. 1918

## Zur Kohlenfrage.

Heute nachmittag werden in der Kohlenstelle Groß-Berlin die Vertreter der Regierung, des Vollzugsausschusses, des Reichskohlenkommissars und sämtlicher Gemeinden Groß-Berlins zusammentreten, um über die sofort zu ergreifenden Maßnahmen zur Steuerung der immer drohender werdenden Kohlenfrage Stellung zu nehmen. Die Kohlenstelle Groß-Berlin sieht die gegenwärtige Lage recht pessimistisch an. Auf unsere Anfrage wurde uns heute folgendes mitgeteilt: Trotz der günstig lautenden Drahtnachrichten über Wiederaufnahme der Arbeit im ober-schlesischen Kohlenrevier darf man sich in Berlin durchaus keinen Illusionen hingeben, vielmehr muß man damit rechnen, daß, wenn nicht unerwartet günstige Umstände eintreten, in etwa 9 bis 10 Tagen die Stadt ohne Gasbeleuchtung und Elektrizität dastehen wird. Die Kohlenlieferung aus Oberschlesien wird weniger durch die Lohnbewegung als vielmehr durch die politische Haltung der dortigen Arbeiter gehemmt. Die Kohlenarbeiter, die zum sehr großen Teil polnischer Nationalität sind, haben sich durch polnische Agitatoren dahin bringen lassen, uns nach Möglichkeit die für das Wiederaufleben von Industrie und Handel unentbehrliche Kohle vorzuenthalten. Bis jetzt hat auch die Vermittlung der Regierung daran nichts ändern können. Vielmehr ist Herr Haase, der vor acht Tagen die ober-schlesischen Kohlenreviere bereiste, bei seinen Einigungsversuchen überall auf schroffsten Widerstand gestoßen. Es wird sich kaum verhindern lassen, daß die Regierung, um unsere Versorgung mit Brennmaterial zu sichern, zu energischen Maßnahmen greift, um die gegenwärtig von den Kohlenarbeitern nach der offiziellen Aufnahme der Arbeit geübte passive Resistenz zu brechen. Es wird sich auch vielleicht empfehlen, Arbeitskräfte nach Schlesien zu schicken, da durch die Entlassung der englischen und französischen sowie durch den Streik der russischen Gefangenen die Erzeugung auf die Hälfte gegenüber den Vormonaten zurückgegangen ist.

Für Berlin liegen die Verhältnisse sehr schwierig, weil man die Straßenbeleuchtung kaum wird verringern können und weil der Vorschlag von Gasparstunden am Tage fast undurchführbar ist. Gerade diese Maßnahme würde so tief in das Wirtschaftsleben einschneiden, daß man wohl oder übel davon wird Abstand nehmen müssen. Es bliebe nur noch ein Appell an die Bevölkerung, den Verbrauch nach Möglichkeit einzuschränken, doch ist ein Erfolg in dieser Hinsicht wohl mehr als zweifelhaft. Die Verkehrsanstalten, wie Hochbahn und Straßenbahn, müssen ohne Frage die erforderliche Menge Kohle weiter erhalten, denn eine Einschränkung des Verkehrs in noch größerem Maße als bisher ist unmöglich.

\*

Wie wir erfahren, trifft die Meldung, daß die Bergarbeiterstreiks bereits beigelegt seien, leider nicht zu. Es ist richtig, daß in Oberschlesien die Belegschaften verschiedener Gruben wieder eingefahren sind, so z. B. bei Giesches Erben und bei der königlichen Bergwerksdirektion. Dafür sind aber die Belegschaften anderer Gruben wieder ausständig geworden, so daß der Kohlenverhand sich nur auf der Höhe von Sonnabend und Montag hält. Auch aus dem Rheinland wird berichtet, daß der Streik in gleicher Stärke fortbauert.